

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 091/2016  
Kiel, Dienstag, 1. März 2016

Verkehr/Bundesverkehrswegeplan

## Christopher Vogt: Schleswig-Holstein fehlt eine starke Lobby in Berlin

Zur aktuellen Berichterstattung über den Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Nach den aktuellen Meldungen über die künftigen Schwerpunktsetzungen des Bundesverkehrswegeplanes können wir deutlich ablesen, welcher Bundestagsabgeordnete seinen Job gut gemacht hat, und welcher nicht. Positiv gewendet könnte man sagen, dass einige schleswig-holsteinische Bundestagsvertreter im weiteren Diskussionsverlauf über die Pläne noch die Möglichkeit haben, sich zu profilieren – dies betrifft vor allem den Bereich der Westküste mit der A20 und der Marschbahn.

Dass die A20 nicht in den ‚vordringlichen Bedarf plus‘ eingeordnet wurde, ist wegen der überragenden Bedeutung dieses Projektes für unser Bundesland eine katastrophale Entwicklung. Auch die Nicht-Berücksichtigung der Elektrifizierung der Marschbahn kann als ein klares Berliner Signal gedeutet werden, dass die Landesregierung und die Nord-CDU sich in Berlin nicht in ausreichendem Maße durchsetzen können. Dass der Elbe-Lübeck-Kanal jedoch Teil der Überlegungen des Bundesverkehrsministeriums geworden ist, begrüßen wir ausdrücklich – wenn man den Güterverkehr stärker von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege verlagern will, brauchen wir dort auch einen entsprechenden Investitionsfokus.

Insgesamt ist festzustellen: Die wenigen positiven Entscheidungen für die Zukunft der schleswig-holsteinischen Infrastruktur werden leider durch die schlechten Nachrichten überlagert. Der neue Bundesverkehrswegeplan zeigt, dass dem Norden noch immer eine starke Lobby in Berlin fehlt. Hier ist der Handlungsbedarf besonders groß. Landesregierung und Nord-CDU sind aufgefordert, im weiteren Verfahren für erhebliche Verbesserungen zu sorgen.“